

13.10.2011

Durchsuchungen in Berlin:

Razzia gegen Nazi-Gegner

In Berlin haben Staatsschutzbeamte aus Berlin und Dresden am Donnerstagmorgen mindestens zwei Wohnungen von Angehörigen der linken Szene durchsucht. Ein Verdächtiger wurde in Gewahrsam genommen.

Staatsschutzbeamte aus Berlin und Dresden haben am Donnerstag Wohnungen von mutmaßlichen Angehörigen der linken Szene in Berlin durchsucht. Dabei wurde nach mindestens zwei Personen gefahndet. Einer ist nach Tagesspiegel-Informationen der Vize-Vorsitzende der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. Die beiden Männer sollen [am 19. Februar dieses Jahres in Dresden](#) versucht haben, den traditionell größten Neonazi-Aufmarsch Deutschlands zu blockieren.

Ihnen wird schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen, [in Dresden kam es seinerzeit zu Ausschreitungen](#). Einer der beiden Verdächtigen ist in Gewahrsam genommen worden.

In Berlin soll auch der sächsische Staatsanwalt anwesend gewesen sein, der am 19. Februar die Razzia eines Büro der Linkspartei veranlasst hatte. Dies hatte das Landgericht Dresden später als nicht rechtmäßig befunden. Außerdem ließ die sächsische Staatsanwaltschaft am Donnerstag in Köln und in Aachen die Wohnungen von sechs mutmaßlichen Rechtsextremen durchsuchen: Verhaftet worden sei dort niemand, man habe nur nach Beweismitteln gesucht, bestätigten die Behörden. In Dresden kritisierten Mitglieder von SPD, Grünen und Linken das Vorgehen gegen Neonazi-Gegner.

Erst im August hatten sächsische Beamte die Diensträume des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsucht. Außerdem wurden inzwischen die Immunität von vier Abgeordneten der Linkspartei in Sachsen, Hessen und Thüringen aufgehoben. Wie König sollen sie sich an Aktionen gegen den Neonazi-Aufmarsch beteiligt haben. *(Tsp)*

(<http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/razzia-gegen-nazi-gegner/4749996.html>)

Dresdner Neonazi-Aufmärsche

Polizei durchsucht Wohnungen von Nazi-Gegnern

Donnerstag, 13. Oktober 2011 16:58

Sächsische Polizeibeamte haben am Donnerstag in Berlin die Wohnungen von zwei Teilnehmern der Anti-Nazi-Protteste vom 19. Februar in Dresden durchsucht. Die Berliner Polizei leistete bei der Aktion Amtshilfe. Den beiden Männern wird schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen.

Polizei und Justiz gehen weiter gegen Akteure der Dresdner Neonazi-Aufmärsche vor. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Dresden wurden am Donnerstagmorgen in Berlin zwei Wohnungen von Angehörigen aus der linken Szene durchsucht. Den beiden Männern im Alter von 47 und 34 Jahren wird schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. Zudem geht es um gefährliche Körperverletzung, den Aufruf zur Begehung einer Straftat und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Sie sollen am 19. Februar dieses Jahres einen genehmigten Aufmarsch Rechtsextremer in Dresden blockiert haben. Informationen des Berliner "Tagesspiegels", wonach einer der beiden Männer in Gewahrsam genommen wurde, bestätigte die Dresdner Staatsanwaltschaft zunächst nicht.

Das Landeskriminalamt Sachsen (LKA) meldete am Donnerstag einen Einsatz gegen Rechtsextreme im Großraum Köln/Aachen. Demnach wurden die Wohnungen von sechs Beschuldigten im Alter zwischen 23 und 40 Jahren durchsucht. Die Ermittler werfen ihnen vor, am 19. Februar ein linkes Wohnprojekt in Dresden angegriffen zu haben. Dabei flogen Steine und andere Gegenstände gegen die Fassade, es entstand erheblicher Sachschaden. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft reichen die Vorwürfe vom schweren Landfriedensbruch über gefährliche Körperverletzung bis hin zum Widerstand gegen Polizisten. Laut LKA wurden unter anderem Computer und Handys beschlagnahmt. Neben 10 sächsischen Polizisten waren 26 Beamte aus Nordrhein-Westfalen beteiligt.

Bei den alljährlichen Neonazi-Aufmärschen im Februar in Dresden war es in diesem Jahr erstmals zu Gewaltexzessen gekommen. Während das Geschehen am 13. Februar – dem Jahrestag der Zerstörung der Elbestadt im Zweiten Weltkrieg – noch ruhig blieb, griffen eine Woche später gewaltbereite Rechts- und Linksextremisten brutal Polizisten an. Auch mehr als 100 Beamte wurden verletzt.

Der Vorsitzende der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Hans Coppi, nannte die Aktionen „beschämend“. Offenbar habe die Staatsanwaltschaft aus den Durchsuchungen bei Jugendpfarrer Lothar König in Jena nichts gelernt. „Sie scheint sehr fixiert und beratungsresistent.“

König geriet wegen Protesten gegen einen Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar in Dresden ebenfalls ins Visier der sächsischen Ermittler. Bei der Demonstration soll König als Fahrer und Halter eines Kleintransporters über Lautsprecher zu Gewalttaten gegen Polizisten aufgefordert haben. Am 10. August durchsuchten sächsische Polizisten seine Wohnung in Jena. Der Vorgang hatte zwischenzeitlich zu Irritationen zwischen Sachsen und Thüringen geführt.

Coppi betonte, mit den Straßenblockaden hätten die Demonstranten in Dresden ihre Möglichkeit des friedlichen Ungehorsams gegen den Aufmarsch in Anspruch genommen. Sie hätten auch auf den Umstand hinweisen wollen, dass geeignete politische Maßnahmen ergriffen werden müssten, um dem Treiben der Nazis ein Ende zu bereiten.

Auf Kritik stieß aber auch das Vorgehen der sächsischen Justiz und Polizei bei den anschließenden Ermittlungen. Per Funkzellenabfrage wurden die Handydaten Tausender friedlicher Demonstranten erfasst und ausgewertet. Seitdem ist in Sachsen von einem "Handygate" die Rede - in Anlehnung an den Abhörskandal in den USA Anfang der 1970er Jahre.

(<http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article1793051/Polizei-durchsucht-Wohnungen-von-Nazi-Gegnern.html>)

14.10.2011

Aussteigerprogramm für Neonazis erweitert

Sozialpädagogische Begleitung für Aussteiger aus der rechtsextremen Szene

Dresden (dapd-lsc). Das Landesprogramm für Aussteiger aus der rechtsextremen Szene ist erweitert worden. Von nun an sei auch eine sozialpädagogische Begleitung für ausstiegswillige Neonazis möglich, teilte das Innenministerium am Freitag in Dresden mit.

Betroffene und Angehörige könnten sich außerdem weiterhin unter der Telefonhotline 0173 961 76 43 über Ausstiegsmöglichkeiten informieren oder sich an den Landespräventionsrat wenden.

Das Programm im Internet: www.aussteigerprogramm-sachsen.de

dapd

erschieden am 14.10.2011

(<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Aussteigerprogramm-fuer-Neonazis-erweitert-artikel7788949.php>)

15.10.2011

Linke-Vorstand kritisiert Verfahren gegen Hahn und Ramelow

Aufruf zur Beteiligung an Anti-Nazi-Protesten in Dresden im Februar 2012

Erfurt (dapd-lsc). Der Bundesvorstand der Linken fordert die sofortige Einstellung der Verfahren gegen die Vorsitzenden der Linksfraktionen in den Landtagen von Thüringen und Sachsen, Bodo Ramelow und André Hahn. Das teilte die Partei am Samstag mit. Wegen der Teilnahme an den Protesten gegen den Naziaufmarsch im Februar in Dresden war die Immunität der beiden Politiker aufgehoben worden. Sie sollen gegen das Versammlungsgesetz verstoßen haben.

Friedlicher Widerstand sei keine Straftat, sagte Ramelow am Samstag in Erfurt. "Zivilcourage ist unsere Pflicht. Die Kriminalisierung der Anständigen schränkt unser demokratisches Grundrecht auf Protest ein. Wir brauchen den Mut von Bürgerinnen und Bürgern, sich den Rechten entgegenzustellen - lange genug ist der Aufstand der Anständigen gefordert worden, das Gesicht zeigen gegen menschenverachtende Ideologie."

Es könne nicht sein, dass jetzt diejenigen kriminalisiert werden, die den geforderten Mut aufbringen und aktiv mit allen Anderen verhindert haben, dass der größte Naziaufmarsch in Europa durch Dresden marschiert, kritisierte Ramelow. Ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages belege, dass es für eine Strafverfolgung in den Jahren 2010 und 2011 ohnehin keinerlei Rechtsgrundlage gibt. Der Parteivorstand rief die Linke-Mitglieder und Sympathisanten auf, sich an den Anti-Nazi-Protesten in Dresden im Februar 2012 erneut zu beteiligen.

Die Anklagebehörde wirft Ramelow vor, bei einer Demonstration gegen Rechtsextreme in Dresden im Jahr 2010 durch eine Sitzblockade gegen das Versammlungsrecht verstoßen zu haben. Hahn soll Blockaden gegen den Neonazi-Aufmarsch als "Rädelsführer" mitorganisiert haben.

Im Februar 2010 hatten Tausende Menschen mit Blockaden rund um den Bahnhof Dresden-Neustadt einen genehmigten Aufmarsch von Rechtsextremisten verhindert. Außer Hahn und Ramelow müssen auch die Linke-Fraktionschefs in Hessen, Janine Wissler und Willy van Oyen, mit einem Prozess rechnen. In Hessen liegt das Immunitätsverfahren derzeit allerdings auf Eis.

dapd

erschienen am 15.10.2011

<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Linke-Vorstand-kritisiert-Verfahren-gegen-Hahn-und-Ramelow-artikel7790275.php>

FDP warnt CDU vor Zusammenarbeit mit Linken

Konflikt um Protest gegen Neonazis

Dresden (dapd-lsc). Der sächsische FDP-Partei- und Fraktionschef Holger Zastrow hat einer bedingungslosen Zusammenarbeit mit linken Parteien beim Protest gegen Neonazis eine Absage erteilt. "Für eine Kooperation fehlt mir das Vertrauen", sagte Zastrow in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur dapd. Er warnte den Koalitionspartner CDU davor, sich bedingungslos an die Seite linker politischer Kräfte zu stellen: "Die CDU darf linken Kräften nicht auf den Leim gehen,

die gewalttätigen Extremisten einen politischen Schutzschirm aufspannen und ihnen ein demokratisches Deckmäntelchen umhängen."

"Linke, Grüne und SPD verweigern sich einer Grundsatzdebatte, dass dabei auch Steine gegen Polizisten fliegen", sagte der FDP-Politiker zur Begründung. Ihm fehle eine deutliche Distanzierung der Oppositionsparteien von Gewaltakten gegen Polizisten. Außerdem lehne die FDP Blockaden ab. "Erst wenn von der Opposition endlich ein klares Nein zu Blockaden, Gewalt und Linksextremismus kommt, kann man über eine Zusammenarbeit reden", fügte Zastrow hinzu.

Darüber hinaus sprach sich der FDP-Politiker für eine "Kultur des friedlichen Gedenkens" aus. Die große Mehrzahl der Dresdner sei die Krawalle von Rechts- und Linksextremisten leid: "Unser Ziel ist es, das stille und würdige Gedenken der Dresdner im Februar ungestört von rechten und linken Extremisten wieder zu ermöglichen. So wie es vor den ersten Aufmärschen von Neonazis Mitte der 90er-Jahre seit Generationen in Dresden Tradition war - still, ohne Rachegefühle, ohne Hass und ohne dass jemand den Schmerz der Stadt politisch zu instrumentalisieren versuchte."

dapd

erschienen am 15.10.2011

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/FDP-warnt-CDU-vor-Zusammenarbeit-mit-Linken-artikel7790166.php>

Sicherheitsbehörden sammeln Daten von Journalist, weil er über Demonstration gegen Rechts berichtete

Von [Johannes Radke](#) 15. Oktober 2011 um 11:30 Uhr

Wer als Journalist regelmäßig über das Thema Rechtsextremismus berichtet, läuft offensichtlich in Gefahr in den Datenbanken des Verfassungsschutzes gespeichert zu werden. Gewerkschaften und Initiativen gegen Rechts protestieren gegen die das fragwürdige Vorgehen der Göttinger Polizei und des Verfassungsschutzes.

Bekannt wurde die Überwachung, nachdem der Göttinger Radioredakteur Kai Budler, der auch regelmäßig für den Störungsmelder schreibt, ein Auskunftersuchen bei verschiedenen Behörden gestellt hatte. Anlass war der Abhörskandal der Staatsanwaltschaft Dresden und des sächsischen Landeskriminalamtes im Februar 2011. Damals hatten die Staatsanwaltschaft und das LKA bei einer Demonstration gegen eine Neonazi-Veranstaltung die Daten von rund einer Million Mobiltelefonaten erfasst. Angesichts dieses „Handygate“ sprach der sächsische Datenschutzbeauftragte von einem unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte.

Auf das Auskunftersuchen teilte der niedersächsische Verfassungsschutz dem Anwalt des Journalisten mit, dass der Verfassungsschutz die „Erkenntnis“ hätte, dass der 43-jährige seit dem Jahr 2000 bei dem Lokalradio arbeite und an drei Demonstrationen in Göttingen teilgenommen habe. Tatsächlich hatte der Redakteur lediglich als Mitarbeiter des Stadtradios über die Demonstrationen für den Lokalsender berichtet.

Für Budlers Rechtsanwalt Sven Adam ein alarmierendes Signal: „Die Behörde macht aus der journalistischen Begleitung eine offenbar staatsgefährdende Teilnahme an legalen und angemeldeten Demonstrationen. Dies führt dazu, dass die angeblichen ‘Erkenntnisse’ über meinen Mandanten jedes Mal erweitert werden, wenn er seiner beruflichen Pflicht nachgeht und über Demonstrationen berichtet“.

Adam spricht von einem „zweifelhaften Verständnis der Göttinger Polizei, wenn es um den Beruf des Journalisten geht.“ Der schützenswerte Beruf, als den der Bundestag den Journalismus vor rund

30 Jahren eingestuft hat, sei „hier offenbar ein Fremdwort“. Der Anwalt kritisiert außerdem die unvollständige Antwort des Verfassungsschutzes, in der die Behörde eine weitere Einsicht in die personenbezogenen Daten seines Mandanten verweigert. Aus diesem Grund ist jetzt der Niedersächsische Landesbeauftragte für den Datenschutz eingeschaltet worden. „Mit einer Verpflichtungsklage habe ich zusätzlich rechtliche Schritte eingeleitet, damit mein Mandant endlich erfährt, welche angeblichen ‘Erkenntnisse’ der VS noch für ihn bereithält“, sagte Adam.

Auch die Gewerkschaft Verdi kritisierte das Verhalten der Sicherheitsbehörden scharf:

„Die Beschäftigung unseres Kollegen beim Lokalradio als „polizeiliche Erkenntnis“ zu präsentieren ist ein ungeheuerlicher Vorgang. Dass der Journalismus vom Bundestag als ein besonders „schützenswerter Beruf“ eingestuft wurde, ist bei der Göttinger Polizei offenbar unbekannt“, sagte Patrick von Brandt, Gewerkschaftssekretär bei Verdi-Göttingen.

„Dass nun die Ausübung seines Berufs für den Kollegen zu ständig erweiterten Einträgen in einer Verfassungsschutzakte führt, weckt ungute Erinnerungen an längst vergangene Zeiten. Solch eine Überwachung eines Journalisten bei der Arbeit bedroht die Pressefreiheit und ist absolut inakzeptabel.“

Die Störungsmelder-Redaktion fordert vom Verfassungsschutz die Löschung aller Daten unseres Autors Kai Budler. Es kann nicht sein, dass ein professioneller Journalist, der seit Jahren zum Thema Rechtsextremismus arbeitet, durch seinen Job zur Zielscheibe der Sicherheitsbehörden wird.

http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/10/15/sicherheitsbehorden-sammelten-daten-von-journalist-weil-er-uber-demonstrationen-gegen-rechts-berichtete_7319

Weiter Streit um Protest gegen Neonazi-Aufmärsche:

Zastrow warnt CDU vor Zusammenarbeit mit Linken

Der sächsische FDP-Partei- und Fraktionschef Holger Zastrow hat einer Zusammenarbeit mit linken Parteien beim Protest gegen die Aufmärsche von Neonazis in Dresden eine Absage erteilt. Für eine Kooperation fehle ihm das Vertrauen, sagte Zastrow der Nachrichtenagentur dapd. Er warnte zugleich den Koalitionspartner CDU davor, sich bedingungslos an die Seite linker politischer Kräfte zu stellen. "Die CDU darf linken Kräften nicht auf den Leim gehen, die gewalttätigen Extremisten einen politischen Schutzschirm aufspannen und ihnen ein demokratisches Deckmäntelchen umhängen", so der FDP-Politiker.

"Distanzierung von Gewaltakten fehlt"

Zur Begründung erklärte der FDP-Politiker, Linke, Grüne und SPD würden sich einer Grundsatzdebatte darüber verweigern, dass bei den Protesten gegen die Neonazis "auch Steine gegen Polizisten fliegen". Ihm fehle eine deutliche Distanzierung der Oppositionsparteien von diesen Gewaltakten. Außerdem lehne die FDP Blockaden ab. "Erst wenn von der Opposition endlich ein klares Nein zu Blockaden, Gewalt und Linksextremismus kommt, kann man über eine Zusammenarbeit reden", fügte Zastrow hinzu.

CDU-Politiker deutete Gesprächsbereitschaft an

Auslöser für die Warnung Zastrows an den Koalitionspartner war offenbar eine Rede des CDU-Abgeordneten Christian Hartmann im Landtag. In dieser hatte Hartmann die Gesprächsbereitschaft der Christdemokraten angedeutet, um die verhärteten Fronten im Streit um die Proteste gegen Nazidemos in Dresden aufzubrechen. Die CDU sei dafür, künftig "in Sicht und Hörweite zu den Rechtsextremen" friedliche Proteste zuzulassen, hatte Hartmann erklärt. Die Christdemokraten

wollten damit ein "Signal des Dialogs" senden. "Auch mit der Linken sind wir bereit, diese Gespräche zu führen", sagte der CDU-Politiker wörtlich.

Hintergründe des Vorstoßes unklar

Unklar ist, ob Hartmann diesen Vorstoß mit der Führung der sächsischen CDU und der der Landtagsfraktion abgestimmt hat. In einem Interview mit der "Bild"-Zeitung sagte CDU-Fraktionschef Steffen Flath, mit der CDU werde es auch künftig "keine Zusammenarbeit mit Blockierern geben". Hartmann erklärte laut dem Bericht, Teile seiner Rede würde er "heute anders formulieren".

Am 19. Februar hatten in Dresden Tausende friedlich gegen einen Aufmarsch von Neonazis protestiert. Am Rande der Demonstrationen war es allerdings zu schweren Ausschreitungen gekommen, bei denen laut dem sächsischen Innenministerium 112 Polizisten von Links- oder Rechtsextremisten verletzt wurden. Im Februar 2012 wollen Rechtsextreme in Dresden erneut aufmarschieren. Deren Gegner mobilisieren ebenfalls bereits wieder für Proteste.

Zuletzt aktualisiert: 15. Oktober 2011, 17:04 Uhr

(<http://www.mdr.de/sachsen/streit-um-proteste100.html>)